

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lenzer, Pfeifer, Dr. Probst, Gerstein, Dr. Bugl, Engelsberger, Eymmer (Lübeck), Dr. Hubrig, Maaß, Neuhaus, Prangenberg, Weirich, Dr. Riesenhuber, Dr. Stavenhagen und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/676 —**

Krise der Forschung im Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg (DKFZ)

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 30. Juli 1981 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die vielfach in der Öffentlichkeit und von Mitarbeitern des DKFZ erhobenen Vorwürfe, daß die Arbeitsfähigkeit des DKFZ schwer beeinträchtigt und das Arbeits- und Betriebsklima nahezu völlig zerstört seien, weil im DKFZ Zustände herrschten, die mit chaotischer Verwaltung, Übermaß an Organisation, Macht- und Richtungskämpfen, Terrorisierung des Verwaltungspersonals beschrieben werden?

Die Bundesregierung hält aufgrund der ihr zugänglichen Informationen die in der Frage wiedergegebenen Vorwürfe für grobe Übertreibungen, die allerdings geeignet sind, eine normale Klärung von unterschiedlichen Standpunkten zu erschweren.

2. Sind der Bundesregierung auch die in der ARD-Sendung „Report“ vom 2. Juni 1981 vorgetragene Ergebnisse der Recherchen über das DKFZ zur Kenntnis gelangt?

Der Bundesregierung ist der Bericht des Bayerischen Rundfunks über das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ), der am 2. Juni 1981 in der ARD-Sendung „Report“ ausgestrahlt wurde, bekannt.

3. Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, wonach seitens des administrativen Stiftungsvorstandes Personal unter Druck gesetzt worden sei und daß Mitarbeiter des DKFZ aus persönlicher Not heraus sich nicht mehr an die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit gebunden fühlten und an die Öffentlichkeit getreten seien, um die Zustände im DKFZ bekannt zu machen?

Die Bundesregierung kann die Richtigkeit der erwähnten Berichte nicht bestätigen.

4. Trifft es zu, daß vom damaligen Bundesminister für Forschung und Technologie, Matthöfer, Anweisung gegeben wurde, einen Hilfsreferenten aus dem Haushaltsreferat des BMFT als administrativen Stiftungsvorstand beim DKFZ unterzubringen?

Die Bundesregierung hält es für zweckentsprechend, wenn in Forschungseinrichtungen, die zu 90 v. H. vom Bund finanziert werden, Personen an der Verwaltungsspitze tätig sind, die mit den Beziehungen zwischen Staat und Forschungseinrichtungen vertraut sind. Sie hat dem bei ihrer Meinungsbildung über die Bewerbung im Jahre 1976 gerade im Hinblick auf die damalige Situation des DKFZ Rechnung getragen. Die Entscheidung über die Auswahl unter den zahlreichen Bewerbern wurde vom Kuratorium des DKFZ getroffen.

5. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich diese Maßnahme, die dem Bund im DKFZ mehr Einfluß verschaffen sollte, vorteilhaft auf die Arbeit des DKFZ ausgewirkt hat?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die von Mitarbeitern des DKFZ und von außenstehenden Wissenschaftlern vertretene Auffassung, daß die zunehmenden staatlichen Einflüsse, insbesondere die des BMFT, auf das DKFZ die Krebsforschung bisher nur belastet haben?

Bei Personal- und Finanzentscheidungen des Kuratoriums, in dem der Bund und das Sitzland Baden-Württemberg vertreten sind, geht es selbstverständlich um die Gesamtausrichtung eines Forschungszentrums. Dieser Punkt hat bei den Personalentscheidungen des Kuratoriums des DKFZ gerade in den zurückliegenden Jahren eine besondere Bedeutung gehabt, um eine neue Konzeption für das Zentrum herbeizuführen. Der Verantwortung hierfür werden sich die staatlichen Stellen auch weiter verpflichtet fühlen (vgl. auch Antwort zu Fragen 15 und 16). Dies ist allerdings qualitativ etwas anderes als die Unterstellung in der Frage, es gehe darum, mehr staatlichen Einfluß zu gewinnen.

7. Trifft es zu, daß in dem vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Baden-Württemberg, veranlaßten Prüfungsbericht Verstöße gegen das Haushaltsrecht, das Satzungsrecht und das Stiftungsrecht festgestellt wurden und daß darüber hinaus hinsichtlich Verwaltungspraxis, Mittelverwaltung und Spesenkontrolle Beanstandungen erhoben wurden?

8. Trifft es zu, daß in dem vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Baden-Württemberg, veranlaßten Prüfungsbericht festgestellt wurde, die Verwaltung des DKFZ habe in grober Weise gegen stiftungsinterne Zuständigkeitsregelungen verstoßen und auch die nach dem Stiftungsgesetz vorgeschriebene Beteiligung der Stiftungsaufsicht unterlassen?
9. Sind Berichte zutreffend, wonach in dem vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Baden-Württemberg, veranlaßten Prüfungsbericht festgestellt wird, die Sachaufwendungen für Renovierung und Einrichtung der für den wissenschaftlichen Stiftungsvorstand angemieteten Villa seien weit über das übliche Maß hinausgegangen; trifft es insbesondere zu, daß
 - a) zur Möblierung des Gebäudes Möbel im Werte von mehr als 40 000 DM beschafft worden sind,
 - b) vom DKFZ in Villa und Anwesen Renovierungsarbeiten in der Größenordnung von 40 000 DM teils durch eigene Handwerker des DKFZ, teils durch Fremdfirmen, durchgeführt worden sind,
 - c) für diese Villa eine monatliche Kaltmiete von ca. 4000 DM aufzuwenden ist, zu der der wissenschaftliche Stiftungsvorstand maximal 1500 DM beisteuert?
10. Ist es zutreffend, daß in dem vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Baden-Württemberg, veranlaßten Prüfungsbericht die Feststellung getroffen wird, bei der zwischen dem Verein zur Förderung der Krebsforschung und dem Krebsforschungszentrum gewählten Rechtsbeziehung sei eine Konstruktion gefunden worden, die der wechselseitigen Umgehung von Rechtsvorschriften dienlich ist?
11. Sind Berichte zutreffend, wonach als Mieter der Villa, in der der wissenschaftliche Stiftungsvorstand eine Dienstwohnung für Repräsentationszwecke bezogen hat, der Verein zur Förderung der Krebsforschung auftritt und trifft es zu, daß im Prüfungsbericht die Feststellung enthalten ist, der Verein habe hier eine reine „Strohmann-Funktion“ übernommen?
12. Ist es zutreffend, daß in dem vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Baden-Württemberg, veranlaßten Prüfungsbericht festgestellt wird, die im DKFZ praktizierte Buchführung sei zumindest theoretisch geeignet, Haushaltsverstöße zu verschleiern und fiktive Verrechnungen vorzunehmen?

Der Prüfungsbericht der Stiftungsaufsicht des Landes Baden-Württemberg wurde vom Vorsitzenden des Kuratoriums des DKFZ beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg veranlaßt. Der Sachverhalt, der hauptsächlich zu überprüfen war, ist noch nicht abgeschlossen, so daß auch die Prüfung selbst noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Das Kuratorium des DKFZ hat deshalb eine abschließende Stellungnahme noch nicht abgegeben. Es hat jedoch am 3. Dezember 1980 in einer Entschließung einstimmig die Hilfe des Vereins zur Förderung der Krebsforschung in Deutschland e. V. zur Gewinnung eines international anerkannten Wissenschaftlers als Vorsitzenden des Stiftungsvorstandes des DKFZ begrüßt.

Das DKFZ hat eigene Mittel für das vom Verein gemietete Haus nur vorübergehend verwendet und diese Beträge vom Verein voll erstattet erhalten; der Verein hat auch sonstige vom DKFZ erbrachte Leistungen bezahlt und dem DKFZ für die für ihn erbrachte Geschäftsbesorgung uneingeschränkte Entlastung erteilt. Das DKFZ hat aufgrund der Hilfe des Vereins in erheblichem Umfang Kosten für den Umzug des Vorsitzenden des Stiftungsvorstandes gespart.

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen ist weder vom Verein zur Förderung der Krebsforschung in Deutsch-

land noch vom DKFZ bei der Gestaltung ihrer gegenseitigen Rechtsbeziehungen eine Umgehung von Rechtsvorschriften beabsichtigt gewesen oder verwirklicht worden; ebenso unzutreffend ist die Behauptung, der Verein habe eine „Strohmann-Funktion“ übernommen.

13. Wie oft ist der wissenschaftliche Stiftungsvorstand seit seinem Dienstantritt (15. Mai 1980) in die USA geflogen, wer hat die Kosten getragen und in welcher Höhe waren diese? Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß diese Reisen alle notwendig waren?

Das wissenschaftliche Mitglied des Stiftungsvorstandes reiste seit seinem Dienstantritt fünfmal in die Vereinigten Staaten. Die erste Reise wurde nach den Bestimmungen für Umzugskosten, die übrigen wurden nach denen für Dienstreisen abgerechnet. Für die letzteren hat das DKFZ 27 089,20 DM bezahlt. Der Bundesregierung liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß die Dienstreisen nicht notwendig waren.

14. Gibt es in einer der zwölf Großforschungseinrichtungen einen Geschäftsführer bzw. ein Mitglied des Vorstandes, der ein höheres bzw. vergleichbares Einkommen erhält als der wissenschaftliche Stiftungsvorstand des DKFZ?

Die Vergütung, die der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes des DKFZ für seine Tätigkeit aufgrund seines Anstellungsvertrages erhält, entspricht vergleichbaren Gehältern bei anderen Großforschungseinrichtungen.

15. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung entwickelt, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Arbeitsfähigkeit des DKFZ wieder langfristig zu verbessern?
16. Hält die Bundesregierung die vom wissenschaftlichen Stiftungsvorstand entwickelten Vorstellungen, den Schwerpunkt der Arbeiten der DKFZ stärker auf die Grundlagenforschung zu verlagern, für eine langfristig tragfähige Ausrichtung?

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat gemeinsam mit dem Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg mehrere hervorragende Wissenschaftler des In- und Auslandes gebeten, ihn in der Frage der künftigen Ausrichtung der wissenschaftlichen Tätigkeit des DKFZ zu beraten. Die Minister gehen dabei davon aus, daß wesentliche Beratungsergebnisse noch in diesem Jahr vorliegen werden.

Grundsätzlich hält die Bundesregierung für das DKFZ eine Stärkung der Grundlagenforschung im Verhältnis zu einer mehr auf die Erweiterung bekannten Wissens mit Hilfe bereits bewährter Verfahren gerichteten Tätigkeit für wünschenswert.

17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik, eine vorrangige Orientierung auf Grundlagenforschung führe weg vom Patienten; gerade kliniknahe patientenbezogene Forschung sei notwendig, um Methoden der Diagnostik und Behandlung zu verbessern?

Die Bundesregierung teilt diese Kritik nicht und orientiert sich dabei an weltweiten Bemühungen in der Krebsforschung. In einer bewußten Arbeitsteilung zwischen Tumorzentren zur Patientenbetreuung und patientenbezogener klinischer Forschung, an deren Aufbau das DKFZ in den letzten Jahren aktiv Anteil genommen hat, und dem DKFZ fällt diesem wesentlich stärker die Aufgabe der Grundlagenforschung zu.

18. Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, die Leitungsstruktur des DKFZ zu ändern angesichts des derzeitigen Zuschnitts auf eine Person in der wissenschaftlichen Führungsspitze und angesichts der Tatsache, daß der Dienstvertrag des wissenschaftlichen Stiftungsvorstandes bis Mai 1983 limitiert ist?

In die Überlegungen, die wegen des Rücktritts von Professor Neurath erforderlich werden, sollen sachdienliche Anregungen einbezogen werden.

19. Teilt die Bundesregierung die Feststellung, daß ein frühzeitigeres Eingreifen des Stiftungskuratoriums als Aufsichtsorgan diese Fehlentwicklungen im DKFZ, die ja vor allem die wissenschaftliche Arbeitsfähigkeit des Zentrums beeinträchtigt haben, hätte aufhalten bzw. vermeiden können, und warum wurde nicht früher eingegriffen?

Das Kuratorium des DKFZ hat sich schon im Herbst 1980 mit den Vorgängen im Zentrum befaßt und Beschlüsse zur Befriedung der Situation gefaßt. Gegen die in der Antwort zu Frage 1 genannten Methoden zur Verschärfung der Situation gibt es aber schon mangels Verifizierbarkeit der Informationswege kein Eingriffsmittel.

✱

Abschließend sei hervorgehoben:

Die Bundesregierung ist seit längerem der Auffassung, daß eine Verbesserung der Forschungsqualität des DKFZ möglich ist und daß dessen wissenschaftliche Ausrichtung einer Überprüfung bedarf. Sie ist insbesondere davon überzeugt, daß Routinetätigkeit sich mit den Aufgaben dieser Einrichtung, deren Zweckbestimmung die wissenschaftliche Forschung ist, grundsätzlich nicht verträgt.

Hiervon ausgehend hat sie unter Zustimmung des Wissenschaftlichen Rats des Zentrums mit Professor Neurath einen Forscher von hohem internationalem Ansehen gewonnen, dessen Konzeption am ehesten die Voraussetzungen erfüllte, welche die Bundes-

regierung in Übereinstimmung mit namhaften Wissenschaftlern für notwendig erachtet.

Die Bundesregierung bedauert, daß es bisher nicht gelungen ist, diese Vorstellungen im DKFZ durchzusetzen. Sie kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß interne Egoismen im Zentrum maßgeblich diesen Zustand mit verschuldet haben. Sie bedauert die Verlagerung der notwendigen Sachdiskussion auf eine falsche Ebene und wird ihre Bemühungen fortsetzen, dem Zentrum eine zukunftssträchtige und wissenschaftlich ergiebige Arbeit zu ermöglichen.

